

Nach den Gouverneurswahlen in Aceh

Ehemalige indonesische
Bürgerkriegsprovinz auf dem Weg zu
Friedenskonsolidierung und Stabilität

von Christine Beeck

Am 29. Dezember 2006 verkündete die nationale Wahlkommission (Aceh Independent Elections Commission – KIP) das offizielle Wahlergebnis der Gouverneurswahlen in der indonesischen Provinz Aceh: Irwandi Yusuf, Vertreter der ehemaligen Rebellenbewegung GAM, die in einem fast dreißig Jahre dauernden Bürgerkrieg für die Unabhängigkeit Acechs kämpfte, ging als Sieger hervor. Die Wahlen am 11. Dezember 2006, bei denen die Bevölkerung von Aceh zum ersten Mal ihren Gouverneur direkt wählte, können als vorläufiger Höhepunkt des Friedensprozesses in Indonesien betrachtet werden, der mit der Unterzeichnung des *Helsinki Memorandum of Understanding (MoU)* im August 2005 begann. Der BICC-Focus setzt sich mit der Geschichte dieses Friedensabkommens, seinen Bestimmungen und den Problemen bei seiner Umsetzung auseinander und formuliert Empfehlungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung des MoU.

Das Helsinki Memorandum of Understanding

Nach fast dreißig Jahren beendete am 15. August 2005 das *Helsinki Memorandum of Understanding (MoU)* den Bürgerkrieg zwischen der Regierung von Indonesien (GoI) und der Bewegung Freies Aceh/*Gerakan Aceh Merdeka (GAM)* in der nordwestlichen Provinz Nanggroe Aceh Darussalam (NAD). Verschiedene Faktoren hatten dieses MoU unter dem Patronat der *Crisis Management Initiative* und dem ehemaligen finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari seinerzeit ermöglicht. Zu nennen ist der Wandel des politischen Klimas, der durch die Wahl von Susilo Bambang Yudhoyono zum Präsidenten Indonesiens im Oktober 2004 eingeleitet wurde. Aber auch die weltweite Medienberichterstattung nach dem Tsunami im Dezember 2004 rückte den „vergessenen“ Konflikt wieder in den Mittelpunkt des internationalen Interesses. Damit notwendige Hilfslieferungen überhaupt in die Region gelangen konnten, musste sich die Provinz Aceh seit dreißig Jahren wieder der Welt öffnen.

Vor dem Helsinki MoU war mit dem *Joint Understanding on Humanitarian Pause for Aceh* von 2000 und dem *Cessation of Hostilities Agreement (COHA)* von 2002 bereits zwei Mal Anlauf genommen worden, einen Friedensprozess in Aceh in Gang zu bringen. Obwohl diese beiden Abkommen letztlich scheiterten den bewaffneten Konflikt zu beenden, haben sie dennoch das Feld zur Unterzeichnung des MoU entscheidend vorbereitet.

Der Hauptunterschied zwischen den vorherigen Friedensabkommen sowie dem MoU von 2005 bestand darin, dass das Helsinki-Dokument vermochte, nicht nur alle



Ausschnitt aus Map No. 4110 Rev. 4,
United Nations, Department of Peacekeeping Operations



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

früheren strittigen Punkte, die zwischen den Rebellen und der Regierung herrschten, zu identifizieren sondern auch Lösungen zu benennen. Das MoU schloss dementsprechend folgende Punkte ein:

- 1. Regierung und Verwaltung von Aceh:** Dieser Teil sieht die Verabschiedung eines neuen Gesetzes über die Verwaltung der Provinz Aceh (*Law on the Governing of Aceh – LoGA*) vor. Aceh wird hierin das Recht verliehen, in allen öffentlichen Angelegenheiten autonom zu entscheiden, außer in solchen Bereichen, für die nach der Verfassung die Regierung der Republik Indonesien zuständig ist. Das LoGA sieht politische Autonomie, das Recht eigene politische Parteien zu bilden, die Durchführung freier und fairer Wahlen für das Gouverneursamt sowie weitere regionale Ämter/Beamte vor. Auch die Wahlen zum Nationalparlament im Jahr 2009 sind in diesem Punkt aufgeführt sowie die Bestimmung, dass Aceh siebzig Prozent seiner Einnahmen aus allen derzeitigen und zukünftigen Öl- und Gasvorkommen seines Territoriums behalten darf.
- 2. Menschenrechte:** Vorgesehen ist die Einrichtung eines Gerichts für Menschenrechte sowie einer Wahrheits- und Versöhnungskommission.
- 3. Amnestie und Reintegration:** Allen Personen, die an GAM-Aktivitäten teilgenommen haben, soll Amnestie gewährt werden. Politische Gefangene und Häftlinge, die aufgrund des Konflikts festgehalten wurden, sollen ohne Vorbehalt freigelassen werden. Alle Personen, denen Amnestie gewährt worden ist oder die aus dem Gefängnis oder der Haft entlassen worden sind, stehen sämtliche politische, wirtschaftliche und soziale Rechte einschließlich des Rechtes, am politischen Prozess in Aceh und auf nationaler Ebene teilzunehmen, zu. Die Regierung Indonesiens und die lokale Regierung von Aceh wollen Maßnahmen zur Reintegration all derer ergreifen, die an GAM-Aktivitäten teilgenommen haben. Dies soll auch die wirtschaftliche Unterstützung für Exkombattanten, begnadigte politische Gefangene und betroffene Zivilisten einschließen. Darüber hinaus soll ein von der lokalen Regierung in Aceh verwalteter Reintegrationsfond eingerichtet werden.
- 4. Sicherheitsbestimmungen.** Die GAM wird verpflichtet mit Unterstützung der *Aceh Monitoring Mission (AMM)* 3.000 Kombattanten zu demobilisieren und 840 Waffen sowie Munition und Sprengstoffe abzugeben. Die Waffen sollen in vier Etappen bis zum 31. Dezember 2005 übergeben werden. Gleichzeitig verpflichtet sich die Regierung Indonesiens, sämtliche „auswärtigen“ (*non organic*¹) Teile des Militärs und der Polizei aus Aceh abzuführen, und zwar

unmittelbar nachdem die jeweilige Entwaffnungsetappe der GAM durch die AMM bestätigt wurde (Stichtag war der 31. Dezember 2005). Die Anzahl der lokal rekrutierten Soldaten, die in Aceh stationiert bleiben, wurde auf 14.700, die Anzahl der lokal rekrutierten Polizisten auf 9.100 begrenzt.

- 5. Einrichtung der Aceh Monitoring Mission (AMM),** die der Regierung Indonesiens und GAM bei der Implementierung des Helsinki MOU wie folgt Hilfe leisten soll:
 - Überwachung der Einhaltung des Endes von Feindseligkeiten zwischen beiden Lagern.
 - Überwachung und Unterstützung der Demobilisierung und Entwaffnung von GAM-Kombattanten.
 - Überwachung der Restationierung „auswärtiger“ indonesischer Soldaten und Polizeieinheiten.
 - Überwachung der Reintegration aktiver GAM-Mitglieder.
 - Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und notwendige Unterstützung dabei.
 - Überwachung des Gesetzgebungsprozesses.
 - Entscheidungshilfe bei umstrittenen Amnestiefällen.
 - Nachforschungen und Entscheidungshilfe bei Beschwerden wegen möglicher Verstöße gegen das MoU.
 - Etablierung und Aufrechterhaltung von Beziehungen und guter Kooperation zwischen den Lagern.
- 6. Beilegung von Konflikten,** die bei der Implementierung des MoU entstehen könnten, durch den Leiter der Beobachtermission im Dialog mit beiden Lagern.

Die Arbeit der Aceh Monitoring Mission (AMM)

Da sowohl die Regierung Indonesiens als auch GAM unmittelbar nach der Unterzeichnung des MoU zivile Beobachter in Aceh befürworteten, wurde am 15. August 2005 die von EU und ASEAN gestellte *Initial Monitoring Presence (IMP)* nach Aceh geschickt. Ihr Auftrag war, den Zeitraum zwischen der Unterzeichnung des MoU und der endgültigen Entsendung der AMM (15. September 2005) zu überbrücken. Mit dieser Maßnahme wollten EU und ASEAN einerseits ihr Engagement bezüglich des Friedensprozesses demonstrieren und andererseits in der ersten Zeit der Implementierung des MoU zu vertrauensbildenden Maßnahmen innerhalb der Bevölkerung von Aceh beitragen².

Am 15. September 2005 bestand die AMM aus 240 unbewaffneten Beobachtern aus EU-Ländern, fünf ASEAN-Ländern sowie aus Norwegen und der Schweiz. Die Mission unterhielt zehn Distriktbüros, die über ganz Aceh verteilt waren. In jedem dieser Distriktbüros waren zehn bis zwölf AMM-Beobachter stationiert, die die Umgebung patrouillierten, mit beiden Lagern in Kontakt standen sowie über die Inhalte des MoU und die konkreten Aufgaben der AMM informierten. Darüber hinaus führten sie, wenn nötig, Inspektionen und Untersuchungen durch. Sobald die Entwaffnung und der Abzug des Militärs und der Polizei abgeschlossen waren, wurde die Anzahl der Beobachter stetig verringert. Im August 2006 wurden die Distriktbüros schließlich mit Blick auf die Beendigung der dritten und letzten Verlängerung der Mission (am 15. Dezember 2006) geschlossen.

Mehr Sicherheit für die Bevölkerung durch das Friedensabkommen

Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens hat sich die Sicherheitssituation in Aceh erheblich verbessert, was schon dadurch deutlich erkennbar ist, dass sich die Menschen innerhalb der Provinz wieder frei bewegen, zu öffentlichen Treffen versammeln oder große Feste veranstalten können. Nach langen Jahren der Unsicherheit florieren die Märkte erneut und Menschen bevölkern auch nach Einbruch der Dunkelheit wieder die Straßen. 2006 gab es nur drei Zwischenfälle zwischen der GAM und dem indonesischen Militär, die von beiden Seiten schnell beigelegt wurden und nicht eskalierten. All dies sind Zeichen dafür, dass sich die Situation vor Ort verbessert und stabilisiert hat.

Existenzreichen Informationskampagnen verschiedener Organe und Organisationen in fast allen Provinzen von Aceh zu verdanken, dass die Bevölkerung Acehs gut über den konkreten Inhalt des MoU und die Aufgaben der AMM informiert waren. In Interviews, die anlässlich der Studienreise des BICC-Projektes „*Analysis of the implementation of DD&R (Disarmament, Demobilization and Reintegration) in Aceh Province, Indonesia*“ im November 2005 durchgeführt wurden, ließ sich jedoch erkennen, dass ehemalige GAM-Mitglieder im allgemeinen besser über den Inhalt des MoU Bescheid zu wissen schienen als die ländliche Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt Banda Aceh. Jedoch schien in diesen Bevölkerungskreisen die Freude über das Friedensabkommen und seine positiven Auswirkungen so groß, dass der konkrete Inhalt des MoU in den Hintergrund rückte.

Wie im MoU festgelegt, übergab GAM in vier Entwaffnungsphasen je 25 Prozent der insgesamt 840 Waffen an die mobilen Entwaffnungsteams der AMM. Nur funktionierende Waffen wurden akzeptiert und von der AMM auf der Stelle zerstört. Munition und Sprengstoffe wurden separat zerstört. Die verschrotteten Waffen wurden an Repräsentanten der Regierung Indonesiens übergeben. In einem parallelen Prozess wurden insgesamt 28.890 „auswärtige“ indonesische Soldaten (TNI) und 5.791 ebensolche Polizisten in vier Etappen aus Aceh abgezogen. Somit hatten sowohl die Regierung Indonesiens als auch die GAM ihre Verpflichtungen zum Stichtag 31. Dezember 2005 erfüllt.

Angesichts der geschätzten Mitgliederzahl der GAM von etwa 3.000 bis 5.000 Kämpfern mag die Anzahl der abgegebenen Waffen relativ niedrig erscheinen. Dennoch haben die 840 Waffen, auf die sich die indonesische Regierung und GAM geeinigt hatten, als Geste der GAM einen hohen symbolischen Wert, der ihr Engagement für den Friedensprozess widerspiegelt.

Insgesamt war die Arbeit der *Aceh Monitoring Mission* sehr erfolgreich: die Situation vor Ort wurde stabilisiert und der Dialog zwischen den Lagern durch die Einrichtung des sog. COSA-Mechanismus (*Commission on Security Arrangements*) gefördert, der sicherstellte, dass regelmäßige Treffen beider Konfliktparteien stattfanden. Dort wurde unter anderem der Reintegrationsmechanismus diskutiert und beschlossen, aber auch Probleme beider Lager benannt und gelöst.

Das Gesetz über die Verwaltung der Provinz Aceh (*Law on the Governing of Aceh - LoGA*) wurde vom indonesischen Präsidenten am 1. August 2006 unterzeichnet. Obwohl sowohl Teile der GAM als auch der Zivilgesellschaft kritisierten, dass einige Artikel hinter den Regelungen des MoU von Helsinki zurückblieben, hatte GAM keine andere Wahl, als das Gesetz so zu akzeptieren, um den Friedensprozess nicht zu gefährden. Im Mittelpunkt dieser Diskussionen standen etwa die Regelungen zur Rolle des indonesischen Militärs in Aceh oder die Frage, ob die „Regierung Indonesiens ein ‚Übereinkommen‘ mit der lokalen Regierung treffen muss oder sie nur ‚konsultieren‘ soll, wenn es um nationale Gesetze geht, die Aceh betreffen“³. Die Implementierung des LoGA hängt nun davon ab, wie seine vielen Einzelvorschriften (*Qanuns*) entworfen und umgesetzt werden.

Die Wahlen am 11. Dezember 2006, bei denen die Bevölkerung von Aceh zum ersten Mal direkt ihren Gouverneur wählte, können als vorläufiger Höhepunkt des Friedensprozesses betrachtet werden, der mit der Unterzeichnung des MoU 2005 begann.

Das Problem der Reintegration von Exkombattanten

Man kann berechtigterweise sagen, dass in den letzten 16 Monaten das „technische Gerüst“ des MoU geschaffen worden ist. Dennoch müssen noch eine Reihe von Aufgabenstellungen gemeistert werden.

Die größte verbleibende Herausforderung ist die Reintegration ehemaliger Kombattanten der GAM. Da das MoU nur vage Bestimmungen für die Reintegration vorsah, mussten die Details für Maßnahmen vor Ort erst noch geklärt werden, was einige Zeit in Anspruch nahm.

Ferner kam der Reintegrationsprozess für einige Monate zum Stillstand, als ein indonesischer General während eines COSA-Treffens von GAM verlangte, eine Liste mit den Namen von 3.000 ehemaligen Kombattanten mit Anspruch auf Reintegrationshilfe an die Regierung Indonesiens zu übergeben. Die Preisgabe dieser Namen lehnte GAM aus Misstrauen gegenüber der indonesischen Regierung jedoch entschieden ab. Auch war eine solche Liste im MoU gar nicht vorgesehen. Die AMM hätte also diese Einzelforderung schlichtweg zurückweisen sollen und somit eine Verzögerung des Beginns der Reintegrationsmaßnahmen vermeiden können.

Die im November 2005 durchgeführten Interviews belegen auch, dass GAM schon sehr früh darauf hingewiesen hatte, dass sie eine Bewegung sei, die weit mehr Menschen unterstützen müsse, als im MoU vereinbart wurde. Nach langwierigen Diskussionen stimmte die im Februar 2006 eingerichtete Nationale Reintegrationsbehörde (*National Reintegration Agency – BRA*) zu, die Begünstigten mit Recht auf Reintegrationshilfe auf folgende sechs Gruppen auszuweiten:

- ehemalige Kombattanten der GAM (3.000 im MoU),
- aufgrund der Amnestie aus der Haft entlassene politische Gefangene (2.000 im MoU),
- ziviles Militärpersonal und Unterstützer der GAM („non-combatants“, schätzungsweise 6.200),
- Mitglieder der GAM, die sich vor der Unterzeichnung des MoU ergeben haben (nach Einschätzungen ca. 3.200),

- antiseparatistische Gruppierungen (nach Einschätzungen ca. 6.500 Personen).
- Personen, die von dem Konflikt betroffen sind, und Gemeinden, in die GAM zurückkehrt.

Bis heute wurde Reintegrationshilfe nur in kleinem Umfang und sehr verstreut geleistet. Das *Aceh Transition Committee (KPA)* wurde im Dezember 2005 von der GAM ins Leben gerufen, um den Übergang von einer Rebellenbewegung zu einer politischen Partei vorzubereiten. Gleichzeitig überwacht das KPA aber auch die Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten und hat erste Zahlungen der *Aceh Reintegration Agency (BRA)* an ca. 1.000 GAM-Mitglieder weitergeleitet. Laut den oben erwähnten Interviews gibt es jedoch viele GAM-Mitglieder außerhalb der Städte, die angeben bis jetzt nichts erhalten zu haben. Bei diesen Exkombattanten, die ihre Verpflichtungen aus dem MoU ohne Gegenleistung erfüllt haben, ist die Enttäuschung groß.

Obwohl ehemalige GAM-Mitglieder froh waren, wieder in ihre Familien zurückkehren zu können, muss man befürchten, dass, wenn der Reintegrationsprozess nicht sehr bald greift, sie wieder in ihre alte (Konflikt)-Routine zurückkehren könnten, da viele Exkämpfer noch immer arbeitslos sind und bis dato nur einen kleinen Teil ihrer versprochenen Hilfe erhalten haben. Es gibt Anzeichen dafür, dass die bewaffnete Kriminalität in den letzten Monaten gestiegen ist. Ob dies dem langsamen Reintegrationsprozess und der dadurch steigenden Frustration der Exkombattanten zuzuschreiben ist, ist jedoch nicht klar, da die Täter zwar angeben zu GAM zu gehören, aber oft bloß Trittbrettfahrer sind, die versuchen sich unter deren Deckmantel zu bereichern.

Bis jetzt hat nur eine Gruppe, nämlich die der amnestierten politischen Gefangenen, durchgängig vom Reintegrationsprogramm profitiert, da ihre Fälle sofort nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis registriert und bearbeitet werden konnten.

Das Ende des Mandats der AMM am 15. Dezember 2006 löste, wie in den Interviews deutlich wurde, Befürchtungen aus, dass die Lage ohne die Präsenz der AMM noch nicht stabil genug sein werde, um den Friedensprozess erfolgreich weiter fortzuführen. Nach fast dreißig Jahren Bürgerkrieg und zwei vorhergegangenen gescheiterten Friedensabkommen sei das 15monatige AMM-Mandat nicht lang genug gewesen, um genügend Vertrauen zwischen den ehemaligen Konfliktparteien aufzubauen. Tatsächlich war das Mandat der AMM anfänglich sogar auf nur sechs Monate angelegt, was ein völlig unrealistischer

Zeitraumen für eine erfolgreiche Implementierung des MoU und die Friedenskonsolidierung war. Erst auf Wunsch der indonesischen Regierung und der GAM wurde es bis Dezember 2006 drei Mal verlängert.

Nach wie vor stehen die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, einer *Joint Claims Settlements Commission* und eines Menschenrechtstribunal aus. Ebenfalls fehlt bis jetzt ein Mechanismus, mit dem der Dialog zwischen der Zentralregierung und GAM nach dem Abzug der AMM fortgesetzt werden kann.

Die ersten Direktwahlen in Aceh

Trotz aller noch bestehenden Hürden gibt es aber insgesamt Anlass zum Optimismus, da sich sowohl die Regierung Indonesiens als auch GAM dem Friedensprozess verschrieben zu haben scheinen. Ein Anzeichen hierfür sind auch die ersten Direktwahlen für den Gouverneur der Provinz, die alles in allem friedlich und demokratisch verlaufen sind.

In den Monaten vor dem Wahltag am 11. Dezember 2006 hatten GAM-Führer in Aceh und in Schweden zunächst offiziell erklärt, dass sie formal keinen der Kandidaten unterstützten. Wenn GAM-Mitglieder beabsichtigten, sich um das Amt des Gouverneurs zu bewerben, sei dies ihre private Angelegenheit. In der Praxis sah die Situation ganz anders aus: einige ältere GAM-Mitglieder unterstützten öffentlich Ahmad Humam Hamid und Hasbi Abdullah, während eine Gruppe jüngerer GAM-Mitglieder zu Irwandi Yusuf und Muhammed Nazar hielt. Dies führte zu einer Spaltung innerhalb der GAM, von der viele befürchteten, dass sie, je nach Ausgang der Wahlen, zu einer erneuten Aufnahme des Konfliktes führen könnte.

Mit 38 Prozent der Stimmen hat Irwandi Yusuf die Wahl zum Gouverneur gewonnen. In den nächsten Monaten wird sich nun zeigen, ob sich die Spaltung innerhalb der GAM vertieft oder ob die Organisation wieder zusammenfindet. Eins ist jedoch sicher: mit Irwandi Yusuf als Gouverneur wurde der starke Wunsch der Acehnesen nach positiver Veränderung in Richtung Normalität institutionalisiert.

Als Gouverneur hat Irwandi Yusuf nun die Möglichkeit, die Erstellung der Einzelvorschriften (*Qanuns*) des Gesetzes über die Verwaltung der Provinz Aceh (*Law on the Governing of Aceh – LoGA*) zu Gunsten der GAM zu beeinflussen. Die Erwartungen an ihn sind, die Arbeitsplatzsituation innerhalb Acehs zu verbessern sowie die Reintegrationshilfe und die Wiederaufbaumaßnahmen zu beschleunigen. Mit der Wahl

eines GAM-Vertreters in das Gouverneursamt stehen auch deren Chancen mit Hinblick auf die Parlamentswahlen 2009 gut, da die Provinzwahlen von der großen Unterstützung der Acehnesen für GAM zeugen.

Wird der Friede diesmal halten? Probleme und Empfehlungen

Obwohl der Zeitrahmen des MoU knapp bemessen war, haben sowohl die Zentralregierung als auch GAM bewiesen, dass sie es mit ihren dort eingegangenen Verpflichtungen ernst meinen. Insbesondere der gleichzeitige Prozess der Entwaffnung der GAM und der Abzug des „auswärtigen“ indonesischen Militärs sowie der Polizeikräfte haben das Vertrauen ineinander gestärkt.

Der Friedensprozess ist jedoch immer noch zerbrechlich und die Bewohner Acehs scheinen noch eher reserviert abzuwarten, ob er auch anhält. Um das Vertrauen der Bevölkerung darin zu stärken, den Friedensprozess nun auch ohne Hilfe internationaler Beobachter weiterführen zu können, wäre es sinnvoll gewesen, wenn die AMM, nach Abschluss der militärbezogenen Phase (Entwaffnung und Demobilisierung von GAM sowie Abzug der „auswärtigen“ indonesischen Militär- und Polizeitruppen) den COSA-Prozess geöffnet und auch die acehnische Zivilgesellschaft in ihn aufgenommen hätte. Der von der AMM eingeleitete wichtige Dialog hätte noch mehr profitieren können, wenn die Zivilgesellschaft ab Januar 2006 besser auf eine solche Rolle vorbereitet und ihre Kapazität gestärkt worden wäre. Um den Frieden weiter zu stabilisieren wäre es sinnvoll, nun nach Ende des AMM-Mandats einen Nachfolgemechanismus für den COSA-Dialog zu schaffen, der auch die Zivilgesellschaft langfristig mit einbezieht.

Der Auf- und Ausbau der Kapazität lokaler Organe und Organisationen nach dem Ende des Mandates der internationalen Beobachter und die Fortführung des Prozesses durch lokale Akteure war ein Thema, das ebenfalls in den durchgeführten Interviews oft genannt wurde. Von internationaler Seite wird Unterstützung beim Aufbau der Kapazität lokaler Institutionen gewünscht, die in die Lage versetzt werden sollten, langfristige Aufbauprogramme auf nationaler Ebene durchzuführen.

Entscheidend für den Fortschritt des Friedensprozesses ist aber auch die zeitnahe Verteilung der Reintegrationshilfe an alle sechs Gruppen von Empfängern. Diese Phase ist generell die wohl schwierigste bei DD&R-Programmen (Disarmament, Demobilization and Reintegration) und



Christine Beeck ist
Konfliktforscherin und
arbeitet als Projektleiterin
am BICC

Probleme, wie sie mit der Forderung nach der GAM-Liste auftauchten, sind äußerst kontraproduktiv. Dennoch glaubt laut Ergebnissen der Interviews ein großer Teil der GAM-Mitglieder, dass die Reintegrationshilfe noch kommen wird, obwohl sie selbst bisher noch nichts erhalten haben.

Die Zusammensetzung der AMM aus zivilen und militärischen Beobachtern aus EU- und ASEAN-Ländern hat sich als sehr positiv erwiesen. Die Kombination von EU-Erfahrungen im Bereich der zivilen Krisenbearbeitung sowie der regionalen Expertise der ASEAN-Beobachter brachte eine große Spannbreite von Kompetenzen mit sich, die die Arbeit der internationalen Mission der Nachkonfliktregion Aceh vereinfacht und positiv beeinflusst haben. Diese Zusammenarbeit von internationalen und regionalen Akteuren könnte als Beispiel für die zukünftige Planung von Friedensmissionen dienen.

Ein weiterer Faktor, der Einfluss auf die Dauerhaftigkeit des Friedens haben wird, ist die Implementierung des *Law on the Governing of Aceh (LoGA)*, sowie das Erstellen und die Umsetzung seiner vielen Einzelschriften (*Qanuns*). Dies betrifft z.B. die Rolle des indonesischen Militärs in Aceh. In diesem Bereich können die *Qanuns* zu mehr gesellschaftlicher Kontrolle über das Militär sowie zu einer konkreten Aufgabenteilung zwischen Militär und Polizei führen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass gerade dieser Prozess auch zu neuen Spannungen führen könnte.

¹ „auswärtige“ Soldaten sind diejenigen, die nicht lokal angeworben worden sind, insbesondere Spezialeinheiten.

² “Javier SOLANA, EU High Representative for the CFSP, welcomes launch of Aceh Monitoring Mission”. Press Release, Brussels, 15. September 2005, S. 299/05, www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/declarations/86245.pdf

³ “BRIEF—The Aceh peace Agreement: How far have we come?”, World Bank, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/EASTASIAPACIFICEXT/INDONESIAEXTN/>